

(Abg. Günther.)

(A) Ach Gott, wenn man Ihnen alles aufführen und zitieren wollte, was auf Ihren Parteitagen gegen die Handwerker und gegen die Kleinbauern gesagt worden ist!

(Zurufe.)

Nein, nein! Wie wollen Sie denn das bestreiten? In keiner Weise! Wollen Sie von der äußersten Linken bestreiten, daß z. B. Karl Kautsky geschrieben hat: „Für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten, haben wir keinen Grund“? Ich meine, es kommt nicht darauf an, ob Sie auf Ihre Abwehrschriften „Lügen der Gegner“ schreiben, sondern es kommt darauf an, wo die Lügen stehen, ob sie in Ihrem Abwehrbuche oder in anderen Broschüren enthalten sein sollen. Was ich hier zitiere, sind zweifellos die unwidersprochen gebliebenen Worte des Herrn Karl Kautsky, daß für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten die Sozialdemokratie keinen Grund hätte;

(Hört, hört!)

denn das könnte nur geschehen, indem wir sie in ihrem Besitze befestigen. Also das ist das ganz entgegengesetzte Verfahren wie sonst. So beschloß der Breslauer Parteitag wörtlich:

(B) „Der vorgelegte Entwurf eines Agrarprogrammes ist zu verwerfen, denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht.“

(Zurufe.)

Herr Kollege, das ist doch eine Tatsache, daß Sie gar kein Interesse für die Erhaltung des Bauernstandes bekundet haben.

(Zurufe.)

(Präsident: Bitte, keine Zwiegespräche!)

Meine Herren! Ich könnte Ihnen auch noch nachweisen, wie Sie sich gegen den Handwerkerstand geäußert haben. Ich setze aber voraus, daß man trotz Ihrer Flugblätter in den Wählerkreisen genau darüber orientiert ist und daß es nicht notwendig ist, alles das, was schon viele Male richtiggestellt und zurückgewiesen ist, aufs neue hier richtigzustellen.

Dann hat aber der Herr Kollege Sindermann ganz zu Anfang seiner Ausführungen auch auf die Reichsfinanzreform hingewiesen und die kühne Behauptung aufgestellt, die schon so sehr oft widerlegt worden ist, daß meine Partei bereit gewesen wäre, im Reichstage für 400 Millionen indirekte Steuern zu stimmen.

(Sehr richtig! links.)

Sehr unrichtig! Ich glaube, man könnte Ihnen den Beweis aktenmäßig aus den Reichstagsverhandlungen führen, es bliebe immer noch die Wahrscheinlichkeit bestehen, daß Sie unbelehrbar wären. Die Reichsfinanzreform, die unter dem Fürsten Bülow dem Reichstage vorgelegt worden ist, war eine ganz andere als die, die später von den rechtsstehenden Parteien im Reichstage angenommen wurde.

(Zuruf: Indirekte Steuern!)

Das wissen Sie eben so genau wie ich und wie meine Freunde im Reichstage und außerhalb desselben.

Meine Herren! Sie haben sich natürlich die Sache sehr leicht gemacht. Sie haben durch Ihren Fraktionsredner 1908 einfach 500 Millionen direkte Steuern gefordert. Damit waren Sie fertig. Sie wissen aber ganz genau, daß mit dem Fordern die Sache nicht abgetan ist und daß es sich zunächst darum handelt, zu versuchen, eine möglichst bessere Reichsfinanzreform, ein möglichst besseres Gesetz durchzubringen als das vorgeschlagene, oder wie später die Dinge gediehen sind. Die Mehrheit wäre gar nicht dafür gewesen, einen Vorschlag, 500 Millionen Mark auf direktem Wege zu erlangen, durchzusetzen. Die Reichsfinanzreform, die Fürst Bülow wollte, hatte auch einen sozialpolitischen Inhalt. Es sollte auf eine Aufhebung erstens der Fahrkartensteuer zugeworfen werden, und man wollte auch die Zuckersteuer aufheben, außerdem war die Wiederherabsetzung des Ortsportos vorgeschlagen. Das waren schon Gegenleistungen, die akzeptiert werden konnten. Außerdem aber enthielt diese Steuerreform eine Nachlaßsteuer mit einer Wehrsteuer im Betrage von 92 Millionen Mark.

(Sehr richtig!)

Über den Inhalt der 400 Millionen Mark betragenden indirekten Steuern bestand auch im Reichstage eine große Meinungsverschiedenheit. Es ist ja auch eine Anzahl dieser indirekten Steuern schon in der Kommission abgelehnt worden. Aber daß diese Reichsfinanzreform nicht ohne indirekte Steuern gemacht worden wäre, ist zuzugeben. Es ist aber nicht wahr, daß von meiner Partei im Reichstage, im Plenum des Reichstages eine Erklärung abgegeben worden sei, die von der Regierung verlangten 400 Millionen Mark zu bewilligen. Meine Herren! Das ist eine Unwahrheit, und ich möchte bitten, daß Sie sich an die Tatsachen halten, wie sie im Reichstage vorliegen und wie sie nicht zu bestreiten sind. Selbst wenn die Reichsfinanzreform des Fürsten Bülow mit unwesentlichen Änderungen durchgegangen wäre, wäre sie verhältnis-